
Der contract social muß neu gestaltet werden -

**Gespräch über die Zukunft der politischen Parteien mit
Oskar Lafontaine***

Oskar Lafontaine, geb. 1943 in Saarlois, studierte Physik an den Universitäten Bonn und Saarbrücken, Dipl.-Phys., Mitglied des saarländischen Landtags, war von 1976 an Oberbürgermeister von Saarbrücken, ist seit 1985 Ministerpräsident des Saarlandes und seit 1987 stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD.

Frage: Herr Ministerpräsident, mit Ihrem Vorschlag, die Beschäftigten in den oberen Einkommensgruppen stärker auf einen Solidarbeitrag für die Arbeitslosen zu verpflichten, haben Sie das Thema Arbeitslosigkeit wieder verstärkt in die öffentliche Diskussion gebracht. In der zum Teil heftig geführten Auseinandersetzung über diesen Vorschlag sind verfestigte politische Frontstellungen in Bewegung geraten. Laut Meinungsumfragen halten viele Bürgerinnen und Bürger sogar größere Verschiebungen im Koalitionsgefüge für wahrscheinlich und möglich. Unter welchen Bedingungen und Umständen könnten Sie sich etwa eine sozialliberale Koalition im Bund vorstellen?

Antwort: Das ist keine aktuelle Frage. Wenn aber politische Konstellationen in Bewegung kommen und veränderte Beurteilungen in Meinungsumfragen sichtbar werden, muß das einen tieferen Grund haben. Ein Hauptthema der innenpolitischen Diskussion ist seit geraumer Zeit die Verteilung der Arbeit. Auf dem Papier haben alle politischen Parteien die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu ihrem Ziel erklärt. Die Wähler stellen allerdings fest, daß weder eine auf Stärkung der Nachfrage noch eine auf Angebotsunterstützung zielende Politik dieses Ziel erreichen konnte. Daher wird heute quer durch die politischen Parteien darüber nachgedacht, ob man nicht zu neuen Rezepten greifen müßte. So etwas bringt die politischen Fronten zwangsläufig durcheinander. Ob damit auch die Voraussetzungen für neue Koalitionen gegeben sind, entscheidet sich dann, wenn neue Mehrheiten rechnerisch möglich sind und man sich außerdem auf eine gemeinsame Politik und eine gemeinsame Regierungsmannschaft verständigen kann. Dies gilt für alle Parteien.

Halten Sie alle Parteien, die im Bundestag beziehungsweise in Länderparlamenten vertreten sind, für koalitionsfähig?

Im Hinblick auf die GRÜNEN möchte ich Einschränkungen machen, weil es bei ihnen eine starke Gruppe gibt, die keine Koalition will. Insofern ist diese Gruppe nicht koalitionsfähig. Aber grundsätzlich respektieren die Parteien

* Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Ingeborg Wahle-Homann am 31. März 1988 in Saarbrücken.

des parlamentarischen Systems die demokratischen Spielregeln. Das bedeutet, daß sie grundsätzlich miteinander koalitionsfähig sind.

Glaubt man neueren Meinungsumfragen, dann ist auch die Zahl der Befürworter einer Großen Koalition gewachsen. Kann das für Sie Anlaß sein, über ein Zusammengehen mit der CDU nachzudenken?

Soweit es um soziale Fragen geht, gibt es Berührungspunkte mit der CDU. Allerdings können wir nicht nur die soziale Komponente bestimmter Vorschläge im Auge haben, sondern müssen auch auf das politische Machbare achten. Mir fällt immer wieder auf, daß oft bei stets guten Absichten das Machbare und Finanzierbare übersehen wird. Für mich hat im wirtschaftspolitischen Bereich die Haushaltskonsolidierung einen hohen Stellenwert. Bei dieser Frage und auch in Sachen Unternehmensbesteuerung sehe ich auch Berührungspunkte mit der FDP.

Spricht für eine Große Koalition nicht die Überlegung, daß die „Gesellschaft der Zukunft“¹, um Ihren Buchtitel zu zitieren, womöglich in erster Linie vom Zusammenbruch der Sozialsysteme gekennzeichnet sein wird und daß man dieser Problematik nur mit einer ganz breiten politischen Mehrheit Herr werden kann?

Ich bin der Ansicht, daß es im Rahmen normaler Koalitionen - das sind in der Regel Koalitionen zwischen einer größeren Regierungspartei und einer kleineren Partei, die dann die Mehrheit herstellt - immer noch Spielräume gibt, Korrekturen vorzunehmen, die die Zukunft der sozialen Sicherung garantieren könnten. Dies setzt allerdings die Fähigkeit voraus, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, beispielsweise sich für größere Umverteilungen auszusprechen.

Sind die politischen Parteien in der Bundesrepublik-soweit sie im Bundestag und in den Länderparlamenten vertreten sind - nach Ihrer Auffassung so verfaßt, organisiert und ausgerüstet, daß sie den politischen Gestaltungs- und Verwaltungsaufgaben einer Gesellschaft der Zukunft gewachsen sind?

Parteien sind ein Spiegelbild der Gesellschaft, das heißt die politischen Parteien in der Bundesrepublik repräsentieren in ihrer Gesamtheit auch die gesellschaftliche Wirklichkeit. Parteien müssen auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren, gesellschaftliche Bewegungen können die Parteienstruktur verändern. Ein Beispiel: Nachdem die GRÜNEN aufgekommen sind, denken alle Parteien viel gründlicher über die Umweltproblematik nach als vorher. Das Gedankengut der Grünen wiederum ist wesentlich beeinflusst von den ökologischen Aussagen Erhard Epplers und der SPD.

Oder: Wenn ein politisches und gesellschaftliches Problem wie die Arbeitslosigkeit virulent wird, beziehungsweise die Gesellschaft diesbezüglich ein schlechtes Gewissen hat, dann beginnen die Parteien wieder stärker über die

¹ Lafontaine, Oskar: Die Gesellschaft der Zukunft, Hamburg 1988.

Frage der Beseitigung von Arbeitslosigkeit zu diskutieren. Der demokratische Diskussionsprozeß ist zum Teil modischen Bewegungen unterworfen - Stichworte aus der jüngsten Vergangenheit lauten Waldsterben, Atom-, Rüstungspolitik -, die sich meist auch auf die Parteien übertragen, weil sie mit der Gesellschaft organisch verbunden sind.

Müßten die Parteien nicht viel öfter Halt in das schwankende Gefüge von Modeströmungen und Medienvorlieben bringen?

Zu den insbesondere programmatischen Aufgaben von Parteien gehört es, langfristige Perspektiven zu entwickeln und aufzuzeigen. Aber ebenso sehr ist das eine Aufgabe der Mitglieder der Gesellschaft, die vorausdenken. So wie politische Parteien die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen, so können bestimmte Bücher auf die gesellschaftliche Entwicklung einwirken. Ich denke an Hans Jonas und sein „Prinzip Verantwortung“² oder Ulrich Becks „Risikogesellschaft“³.

Bilden politische Parteien heute tatsächlich die Gesellschaft einigermaßen ab? Trifft das etwa im Hinblick auf die Jugend oder auf die klassischen Arbeitnehmergruppen zu?

Es gibt selbstverständlich Gruppen, die in politischen Parteien unterrepräsentiert sind. Bei der Jugend hat sich das zweifellos in der jüngeren Zeit nach 1968 so entwickelt, obwohl ich inzwischen Anzeichen von Veränderung sehe. Ich führe jene negative Entwicklung auf eine kulturelle Grundströmung zurück, die stark auf das Privatleben ausgerichtet war und der privaten Lebensgestaltung den Vorrang gab. Menschen mit solcher Orientierung suchen kaum den Zugang zu gesellschaftlich organisierten Interessen, etwa in Verbänden oder Parteien. Auch wenn die Parteien derartige gesellschaftliche Strömungen sehen und beachten müssen, haben sie nur begrenzte Möglichkeiten, ihnen zu begegnen. Wenn der Trend innerhalb der Jugend etwa gegen die Organisation in großen Verbänden läuft, ist es schwer, ihn kurzfristig aufzulösen. Andererseits ist ebenfalls richtig, daß es bestimmte Arbeitnehmerschichten gibt, die aufgrund ihrer konkreten gesellschaftlichen Situation kaum Möglichkeiten haben, sich an gesellschaftlichen Prozessen wie auch an der Willensbildung einer politischen Partei zu beteiligen. Dadurch kann das Parteienspektrum leicht in Schieflage kommen, und bestimmte Gruppen - etwa aus dem öffentlichen Dienst - können die Willensbildung dominieren.

Haben die Parteien, insbesondere auch die SPD, es nicht versäumt, ihre Willensbildungsprozesse zeitgemäß weiterzuentwickeln und das innerparteiliche Leben den Bedürfnissen neuer und junger Mitglieder anzupassen?

Die politischen Parteien müssen, wenn sie gerade für Jugendliche oder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv werden oder bleiben wollen, ihre Organisationsformen verändern. Das halte ich für unausweichlich.

² Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für technologische Zivilisation, Frankfurt 1987.

³ Beck, Ulrich: Risikogesellschaft - Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986.

Was die Jugend angeht, müssen Parteiversammlungen mehr zu kulturellen Veranstaltungen werden, die Reiz auf Jugendliche ausüben. Außerdem brauchen wir mehr Projektgruppen, die ähnlich organisiert sein können wie Bürgerinitiativen und nicht nur auf die Parteimitgliedschaft abstellen. In bescheidenem Umfang ist innerhalb der SPD beides auf den Weg gebracht worden.

Die Sozialdemokratie war historisch über eine lange Zeit so etwas wie eine Lebensbewegung, die um sich herum unter anderem eine Vielzahl von Vereinen hatte. Heute gibt es dieses sozialdemokratische Umfeld so gut wie gar nicht mehr, und das nach wie vor blühende Vereinsleben ist bürgerlich beherrscht. Wie kann die SPD diesem doppelten Mangel begegnen?

Das geht nur ganz praktisch, indem zum Beispiel Ortsvereine Projekte betreiben, die auch für Nicht-Mitglieder offen sind. Es lassen sich darüber hinaus Theater- oder Musikabende veranstalten, in die man ein gesellschaftspolitisches Thema locker integriert. Unsere herkömmlichen Rituale offenbaren oft mehr Ratlosigkeit als Ideenreichtum.

Eine der Thesen Ihres Buches besagt, daß Politik mehr und mehr in die Rolle einer Legitimationsbeschafferin gerate. Sie konstatieren eine weitgehende Trennung von Entscheidungs- und Verantwortungsebene. Müssen sich die Politiker diese Entwicklung selbst zuschreiben oder stecken dahinter sogenannte „Sachzwänge“?

Solche Entwicklungen sind immer Resultat gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Vieles deutet darauf hin, daß für solche gesamtgesellschaftlichen Prozesse nicht die Politiker allein verantwortlich gemacht werden können. Die Gesellschaft hat sich so entwickelt, und daran waren viele beteiligt. Die Kernthese meines Buches lautet daher auch, daß ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs die notwendigen Veränderungen vorbereiten und herbeiführen muß. Man kann die strukturellen Veränderungen einer Gesellschaft nicht einer Kaste zuweisen - gleichgültig ob sie sich Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft nennt. In einer demokratischen Gesellschaft ist ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs Voraussetzung für Veränderungen, damit diese von der gesamten Gesellschaft getragen werden können.

Aber könnte die von Ihnen beklagte Trennung von Entscheidungs- und Verantwortungsebene nicht auch Ausdruck eines Verzichts auf politische Gestaltung sein? Neuerdings ist oft die Rede davon, daß die Politik immer stärker von internationalen wirtschaftlichen Entscheidungen abhängig ist, die ihr einen engeren Rahmen setzen. Hat es die Politik versäumt, wirtschaftspolitische Instrumente regulierend einzusetzen und zu nutzen?

Daß der Politik Versäumnisse vorzuwerfen sind, ist nicht zu bestreiten. Das gleiche kann man allerdings von vielen am Wirtschaftsleben oder am sozialen Leben beteiligten Gruppen und Verbänden sagen. Es geht hier aber im Kern um die Frage, welche Möglichkeiten hat die Politik, wenn es um politische

Gestaltung geht. Und wenn man diese Frage beantworten will, ist eine ehrliche Analyse der realen Möglichkeiten der Politik Voraussetzung. Ich kritisiere, daß die Politik gerade im Wirtschafts- und Sozialbereich oft für Entwicklungen in Anspruch genommen wird, die sie im Grunde genommen nur in geringem Maße zu verantworten hat. Ehrlicher ist es, eine klare Analyse des Handlungsrahmens für politische Entscheidungen vorzunehmen, an der viele Seiten beteiligt sind. Auf dieser Grundlage können dann die Entscheidungsspielräume ausgelotet werden, die überhaupt zur Verfügung stehen. Es ist in meinen Augen fatal und gründet sich auf ein einziges Vorurteil, der Politik die alleinige Schuld an bestimmten Entwicklungen zuzuschreiben. Jeder Bürger trägt Mitverantwortung. Beispiel: Umweltzerstörung.

Ihr Modell einer demokratischeren Entscheidungsfindung baut auf die Einsichtsfähigkeit aller Beteiligten. Tatsächlich sind die Möglichkeiten, in politische Prozesse Einsicht zu nehmen, für viele Menschen in den vergangenen Jahren gewachsen. Insofern dürften die Chancen der Realisierbarkeit eines solchen Modells wachsen. Werden aber, um auf Ihren Vorschlag-Arbeitszeitverkürzungen ohne Gehaltszuwachs für Besserverdienende - zurückzukommen, an dieser Diskussion auch wirklich alle Seiten beteiligt und mit entsprechender Verantwortung belastet? Werden im Falle der Reform der sozialen Sicherung auch die Ärzte und die Pharmaindustrie adäquat herangezogen? Und was geschieht, wenn weder Einsichten noch Kompromisse herbeigeführt werden können?

Zuerst müssen die Begriffe geklärt werden. Die einen meinen unter Lohnausgleich Nominallohnsicherung. So war er ursprünglich gedacht. Viele meinen heute, wenn sie von Lohnausgleich reden, Reallohnsicherung. Immer mehr verstehen heute wieder Reallohnsteigerung darunter. Ich bin für die ursprüngliche Definition, die Nominallohnsicherung meint. Wenn man sich daran halten würde, könnte man die Arbeitszeit stärker verkürzen und erheblich mehr für die Arbeitslosen tun.

In den vergangenen Jahren hat es eine Reihe von Protestbewegungen gegeben, zum Beispiel die Friedensbewegung, die Frauenbewegung, die Ökobewegung. Deutet das darauf hin, daß sich viele Bürger von den Parteien abgewandt, sich nicht mehr vertreten gefühlt und deswegen einer solchen Bewegung oder einer Bürgervereinigung angeschlossen haben? Welche Rolle spielen in einer solchen Konstellation die politischen Parteien?

Die Parteien haben die Themen der genannten Bewegungen, ob sie wollten oder nicht, aufgreifen müssen. In der SPD-Debatte steht heute das Frauenthema im Vordergrund. Ich bin überzeugt, daß es ohne die Frauenbewegung nicht dort stünde. Das gilt allerdings nicht nur für die SPD, das gilt auch für die CDU, für die GRÜNEN, mit Einschränkungen auch für die FDP. Für die Wirkung der Friedensbewegung gilt ähnliches. Ich glaube, daß wir die Vereinbarung über die Mittelstreckensysteme, die ja noch nicht ratifiziert ist, nur deshalb bekommen haben, weil diese Bewegung kräftige Impulse in die

Politik gegeben hat. Parteien werden von solchen Bewegungen nach jenem Mechanismus bewegt und verändert, den ich bereits beschrieben habe. Parteien leben nicht im luftleeren Raum, sie sind sozusagen Transmissionsriemen der Gesellschaft; sie nehmen auf, was in der Gesellschaft vor sich geht und führen es in ihre Programmatik ein. Auch ihre Mitgliedschaft verändert sich permanent und es ist nicht zu verkennen, daß eine ganze Reihe von Leuten, die in diesen Bewegungen organisiert sind und waren, in die politischen Parteien eingetreten sind und deren programmatische Debatten beeinflußt haben.

Viele Sozialwissenschaftler gehen davon aus, daß in einer Gesellschaft der Zukunft politisch-soziale Interessenlagen nicht mehr allumfassend, sondern „segmentiert“ sein werden. Das heißt, der einzelne hat nicht mehr ein einziges vorrangiges Interesse als politisches Wesen, sondern eine Fülle von Interessen, die ihn mit ganz verschiedenen Teilgruppierungen verbinden können. Das ergibt dann so etwas wie eine Disparität der Lebensbereiche. Sind die politischen Parteien auf derartige Entwicklungen vorbereitet?

Wenn es um die Disparität der Lebensbereiche geht, werden politische Parteien nicht alles leisten können. Sie werden nicht Gruppen für Anonyme Alkoholiker oder für Aids-Kranke organisieren können. Es wäre auch nicht im Sinne einer demokratisch offenen Gesellschaft, die sich eben auch in Gruppen und Zusammenschlüssen ausdrückt, wenn die Parteien versuchten, alles in die Hand zu nehmen.

Worin sehen Sie heute das Charakteristikum von Volkspartei? Ist sie sozusagen organisatorisches Zentrum von Bürgerinteressen?

Sie ist organisatorisches Zentrum, wenn es um die Gestaltung der Gesellschaft geht: Der contract social muß immer wieder neu gestaltet werden. Das ist die Aufgabe der Parteien. Daneben sehe ich eine kulturelle Aufgabenstellung.

Sie fordern in Ihrem Buch eine neue politische Kultur des Miteinanders. Heißt das, auf die Parteien übertragen, daß die Parteien der Zukunft im Prinzip klassenlos sind? Wie können dann Widersprüche, Antagonismen, ausgetragen werden?

Ich bin davon überzeugt, daß das alte Klassenmodell die heutige Wirklichkeit nicht mehr beschreibt. Deswegen halte ich auch nicht mehr an ihm fest.

Gibt es denn noch Antagonismen in unserer Gesellschaft?

Sicherlich gibt es den Antagonismus von Arbeit und Kapital in unserer Gesellschaft noch. Ich glaube allerdings, daß das Klassenschema - angesichts der Differenziertheit innerhalb der Arbeitnehmerschaft - diesem Antagonismus nicht mehr gerecht wird. Dennoch bleibt die Grundfrage: Wie werden Antagonismen ausgetragen? Diese Frage habe ich immer anders beantwortet als diejenigen, die etwa den Begriff der Solidarität nur auf eine Gruppe beziehen.

Der Solidaritätsbegriff gilt dann oft genug nur im nationalen Rahmen oder nur innerhalb einer gesellschaftlichen Schicht. Viele Diskussionen in unserer Gesellschaft wirken äußerst merkwürdig, wenn man die internationale Solidarität damit konfrontiert. Das, was hier die Gemüter bewegt, ist angesichts der Verhungernden in der Dritten Welt nicht selten geradezu lächerlich. Das führt mich zu der Kernaussage, daß der Begriff der Solidarität nicht aufzuteilen ist in Antagonismen, sondern daß es sich um einen Grundbegriff handelt, der auch gegeneinander gerichtete Interessen überlagern muß. Ich weiß, daß diese Auffassung nicht allgemein geteilt wird. Aber wenn ich beispielsweise für Blocküberwindung bin, dann kann ich den Begriff der Solidarität nicht innerhalb eines Blocks, sondern muß ihn global definieren. Wenn ich für soziale Gerechtigkeit bin, dann kann ich den Begriff nicht allein auf eine Gruppe beziehen, auch nicht ausschließlich auf einen Sozialstaat, sondern muß ihn wiederum weltweit definieren. Die Interessengegensätze sind nicht verschwunden und müssen ausgetragen werden. Aber der Begriff der Solidarität geht über die Interessengegensätze hinaus.

Was halten Sie von jenem „Sozialismus in einer Klasse“, den Fritz W. Scharpf⁴ in die Debatte gebracht hat?

Wenn er von Solidarität innerhalb einer Klasse gesprochen hätte, wäre das nicht angreifbar. Solidarität innerhalb einer Klasse, das sei jenen gesagt, die gern die alten Bonbons lutschen, ist ein traditionelles Ziel von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Deshalb wird man immer wieder - ganz unabhängig von den Interessengegensätzen zwischen Arbeit und Kapital - die Frage aufwerfen müssen, ob die Solidarität innerhalb einer bestimmten Klasse, um mich auf diese Kategorie einzulassen, gewahrt ist. Der Grundwiderspruch hebt die Frage nach der Solidarität innerhalb einer Klasse nicht auf. Das ist der Irrtum vieler, die sich jetzt an der Diskussion beteiligen. Ich bin sehr wohl der Meinung, daß auch bei Vollbeschäftigung diskutiert werden muß, ob innerhalb der Klasse der Arbeitnehmerschaft die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der gerechten Tarifgestaltung gewahrt sind. Oder ein anderes Beispiel: Lineare Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst kann ich kaum mit dem Prinzip der Solidarität innerhalb einer, nun sage ich Gruppe, in Übereinstimmung bringen. Insbesondere dann nicht, wenn die Steuerpolitik die oberen Tarifgruppen zusätzlich massiv begünstigt.

Die ÖTV hat ja durchaus eine Tarifpolitik der Sockelbeträge versucht, die dann an gewisse Grenzen gestoßen ist.

Dieser Weg war richtig, und ich habe ihn damals ausdrücklich unterstützt. Was ich nicht verstehe, ist, daß von Entsolidarisierung der Beschäftigten in dem Moment geredet wird, wenn ich diesen Ansatz wieder aufgreife.

⁴ Scharpf, Fritz W.: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt 1987; ders.: Weltweite, europäische oder nationale Optionen der Vollbeschäftigung?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/88, S. 14 ff.

Können die großen Volksparteien in Zukunft noch zwischen den sich widersprechenden Interessendifferenzierungen innerhalb der Bevölkerung und den sich möglicherweise weiter verschärfenden Widersprüchen vermitteln? Oder ist mit einer Renaissance kleinerer Parteien zu rechnen, die sich dem Sog der Mitte zu entziehen versuchen, um extremen Positionen Geltung zu verschaffen? Gibt Ihnen der Aufschwung des Rechtsradikalismus in Frankreich zu denken?

Das Prinzip der Volkspartei stellt darauf ab, zwischen den Antagonismen innerhalb der Gesellschaft zu vermitteln. Anderenfalls würde man sich in Gruppen- oder Interessenparteien organisieren. Mit unterschiedlichem Erfolg und mit unterschiedlicher Akzentuierung bemühen sich daher alle Parteien darum, die verschiedenen Interessen ihrer Mitglieder aufzunehmen und in politischen Aussagen zu bündeln. Man kann beispielsweise dem Arbeitnehmerflügel in der CDU nicht vorwerfen, in den letzten Jahrzehnten nichts bewirkt zu haben. Und ebenso wenig kann man der SPD in den vergangenen Jahren nachsagen, sie sei unbeeinflusst von den Erwartungen und Ansprüchen der Selbständigen und Unternehmer in ihren Reihen geblieben. Aber obwohl die Parteien stets versuchen, Integrale zu den Antagonismen zu bilden, gelingt es nicht immer, einen sachgerechten Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen und Meinungspositionen zu erreichen. Von daher beinhaltet ein pluralistisches Parteienspektrum stets auch die Möglichkeit, daß neue Gruppierungen entstehen, die sich durch das vorhandene Spektrum nicht repräsentiert fühlen und zwar sowohl auf Seiten der Rechten wie der Linken und manchmal sogar irgendwo dazwischen. Ich bleibe aber dabei, daß es Aufgabe der Parteien ist, auch und gerade in solchen Situationen, in denen die Auseinandersetzungen härter werden, Ausgleichsmechanismen zu schaffen.

Welche Rolle kommt hierbei den Gewerkschaften zu?

Ich bin der festen Überzeugung, daß wir in den Gewerkschaften die jetzt anstehenden und sich möglicherweise weiter zuspitzenden Probleme verstärkt diskutieren müssen. Es wird in Zukunft voraussichtlich nicht mehr dabei bleiben, daß etwa bei Tarif auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst sich die sozialdemokratischen Arbeitgeber in den Gemeinden, in den Ländern oder vielleicht irgendwann auch im Bund nicht zu Wort melden. Sie können als öffentliche Arbeitgeber nicht immer schlichtweg die Tarifforderungen der Gewerkschaft übernehmen. In solchen Fällen müssen wir lernen, daß die Entgegnung eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, eines Ministers auf Bundesebene, eines Bundeskanzlers oder auch eines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters auf die Forderung der Gewerkschaft nicht zwangsläufig ein Verrat an der Arbeiterbewegung ist. Ohne Scheuklappen und Unterstellungen müssen auch darüber Diskussionen geführt werden, wie ein sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm in die Praxis umgesetzt werden kann. Die Sozialdemokratie ist auf die Diskussion mit den Gewerkschaften angewiesen, wenn sie ihrem Ziel näherkommen will, Vollbeschäftigung wieder-

herzustellen. Die Debatte mit den Gewerkschaften über den geeigneten Weg dorthin ist jetzt notwendiger denn je, und sie muß ebenfalls mit Selbständigen, Handwerkern, Unternehmern und sonstigen Kräften geführt werden.

Wie könnte ein verändertes Zusammenspiel zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei denn konkret gestaltet werden?

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Konflikte zwischen den Gewerkschaften und der SPD erlebt. Ich denke an die Tarifauseinandersetzungen zu Zeiten Willy Brandts im Jahre 1974, an die Endphase der sozialliberalen Koalition und nun auch an die jüngste Debatte. Das täuscht allerdings nicht darüber hinweg, daß es einen großen Bestand an Gemeinsamkeiten gibt. Aber was das Ziel der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung angeht, so bin ich der Ansicht, daß Gewerkschaften und SPD jetzt offen diskutieren müssen, das heißt jede Seite müßte bereit sein, ihre Positionen zur Diskussion zu stellen.

Sehen Sie in dieser Beziehung Nachholbedarf bei den Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften müssen in erster Linie die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Und manchmal würde ich mir wünschen, daß sie dies in der Öffentlichkeit auch ausreichend deutlich machen. Dadurch würde sich manche Diskussion entkrampfen.

Sie legen die Gewerkschaften damit auf eine sehr umgrenzte Aufgabenwahrnehmung fest. Historisch und aus der Tradition heraus vertreten die Gewerkschaften weit mehr als die bloßen Interessen ihrer Mitgliedschaft.

Von ihrem Anspruch her ist dies keine Frage. Aber ob sie tatsächlich mehr als die unmittelbaren Interessen der Mitgliedschaft vertreten und im Blick haben, entscheidet sich immer nur konkret.

Warum haben Sie Ihren Solidaritätsappell konkret an die Lehrer gerichtet?

Unbestreitbar gibt es bei einem Großteil der Lehrer und bis in die Spitze der GEW hinein die Einsicht, daß durch Verzicht auf Einkommenszuwächse mehr Stellen für arbeitslose Lehrer geschaffen werden können. Das ist mein Ansatzpunkt. Ich gehe davon aus, daß Solidarität innerhalb der Lehrerschaft machbar ist, und daß es möglich ist, den beschäftigten Lehrer dafür zu gewinnen, Solidarität mit seinem arbeitslosen Kollegen zu üben. Die Forderung nach Solidarität innerhalb einer Gruppe hebt allerdings die Interessensgegensätze zwischen einzelnen Gruppen nicht auf. Es gibt in unserer Gesellschaft immer wieder Gruppen, die im Verhältnis zu anderen Gruppen privilegiert sind. Meine Aufgabe sehe ich darin, die öffentliche Diskussion auf die Situation der unterprivilegierten Gruppen zu lenken. Das sind beispielsweise die Arbeitslosen. Was ich allerdings bedauere, ist, daß die Diskussion über Maßnahmen, die zu ergreifen wären, größtenteils innerhalb derjenigen Gruppen geführt wird, die bereits über Privilegien verfügen - unter Ausklam-

merung derjenigen, die an der untersten Stufe der Treppe angesiedelt sind. Nicht nur die Lehrer, alle sind gefordert, wenn es um Solidarität mit den Arbeitslosen geht.

Zu den Privilegierten zählen auch die Arbeitgeber. Warum haben Sie sie in der von Ihnen angestoßenen Diskussion nicht ausdrücklich in die Verantwortung einbezogen?

Gegenüber den Unternehmern habe ich als Sozialdemokrat und Gewerkschafter schon viele Forderungen erhoben. Wir dürfen unsere Politik aber nicht auf Forderungen an Unternehmen und an die Wenderegierung reduzieren.

Wie beurteilen Sie den Beitrag der Gewerkschaften in den zurückliegenden 10 Jahren für die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und zur Beschäftigungssicherung?

Die Gewerkschaften haben in ihren Tarifabschlüssen über Arbeitszeitverkürzung und, damit verbunden, Lohn- und Einkommenszuwächse im wesentlichen einen Beitrag zur Sicherung vorhandener Beschäftigung geleistet. Nur selten kam es zu Neueinstellungen. Neueinstellungen werden erst dann notwendig, wenn die Arbeitszeitverkürzung die Produktivitätsmarge deutlich übersteigt. Das belegen die Untersuchungsergebnisse verschiedener wissenschaftlicher Institute und auch des WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB). Ich habe darauf bereits zu Beginn der Diskussion um die 35-Stunden-Woche mehrfach hingewiesen. Damals bestand große Übereinstimmung darin, daß nur eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit den Unternehmern die Möglichkeit nehmen würde, den Beschäftigungseffekt von Arbeitszeitverkürzungen durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu verringern. Nur wenn die Arbeitszeit so verkürzt wird, daß eine Steigerung der Arbeitsproduktivität kurzfristig nicht zu realisieren ist, steht der Unternehmer vor dem Zwang, Neueinstellungen vorzunehmen.

Auch die Gewerkschaften gingen 1984 in die Tarifaueinandersetzung um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit der Absicht, Arbeitszeitverkürzungen in möglichst großen Schritten zu erreichen.

Tatsächlich aber gelang ihnen nur der langsame Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Die Arbeitsproduktivität wurde gleichzeitig gesteigert. Dies hatte zur Folge, daß zwar vorhandene Arbeitsplätze gesichert werden konnten, aber es entstand kaum zusätzliche Beschäftigung. Die Arbeitslosenzahlen stiegen weiterhin an.

Heißt das, daß die Gewerkschaften im Hinblick auf das Vollbeschäftigungsziel oder auf die Beseitigung von Arbeitslosigkeit seit geraumen Jahren unzureichende Konzepte verfolgen?

Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Konzepten vorgelegt, die wir mitgetragen haben, beispielsweise Investitions-

Programme der öffentlichen Hand. Allerdings hat sich die Situation inzwischen grundlegend geändert. Bei der Umsetzung von Investitions- und Beschäftigungsprogrammen müssen wir von anderen Bedingungen ausgehen. Hinter uns liegen fünf Jahre Umverteilungspolitik und fünf Jahre falsche Steuerpolitik. Daraus entsteht unser Bedürfnis nach mehr Koordination. Die SPD will die Verbindung zu den Gewerkschaften intensivieren. Wir haben stets darauf geachtet, daß bei der Vergabe von politischen Mandaten Repräsentanten der Gewerkschaften berücksichtigt werden. Aber ich vermisse den kontinuierlichen Meinungsaustausch. Vielleicht führt ja die von mir angestoßene Debatte zumindest zu dem Ergebnis, daß die Notwendigkeit der stärkeren Koordination erkannt wird. Es wäre durchaus wünschenswert, wenn man zu dem Schluß käme, daß es ratsam ist, sich in einem kleineren Kreis regelmäßig darüber zu unterhalten, welche Probleme in den nächsten Jahren politisch bewältigt werden müßten.

Die Gewerkschaften haben traditionell ein hohes Maß an Autonomie für sich in Anspruch genommen. Sehen Sie Grenzen gewerkschaftlicher Autonomie?

Wir Sozialdemokraten haben vielfach, zum Beispiel bei der Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes, gewerkschaftliche Positionen vertreten und uns dafür eingesetzt, die Gewerkschaften zu stärken. Die Gewerkschaften ihrerseits müssen akzeptieren, daß ihre Politik die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik mitbeeinflusst. Ihr Handeln muß mit der Politik einer sozialdemokratischen Regierungspartei koordinierbar sein.

Haben die Gewerkschaften aber nicht stets berücksichtigt, daß ihre Politik gesamtgesellschaftliche Wirkung hat und waren sie nicht immer dazu bereit, gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen? Ist es nicht vielmehr so, daß sie zunehmend auf sich allein gestellt sind, daß kaum ein Politiker sie in ihrer Politik bestärkt?

Ich habe in unzähligen Veranstaltungen die Tarifpolitik der IG Metall unterstützt und gesagt, daß das Ergebnis der Tarifauseinandersetzungen 1984, der Einstieg in die 35-Stunden-Woche, die Beschäftigung stabilisiert habe. Ich vermisste Souveränität in dieser Debatte. Eine souveräne Antwort wäre gewesen: Wir halten Deinen Vorschlag im Moment nicht für zweckmäßig, aber wir sind der Auffassung, daß wir uns mit diesem oder jenem Punkt stärker auseinandersetzen sollten, um zu konstruktiven künftigen Lösungen zu gelangen.

Festzuhalten bleibt, daß in dieser Debatte Bruchstellen, zumindest aber Kommunikationsbarrieren, zwischen SPD und Gewerkschaften sichtbar wurden. Muß man nicht in Rechnung stellen, daß die Medien eine solche Konstellation begierig aufgreifen?

Der Gefahr, daß Medien verkürzen, kann man nicht entgehen. Es gehört aber für mich zum guten Stil einer jeden politischen Auseinandersetzung, sich umfassend über die Vorschläge und Absichten der anderen Seite zu informieren.

Kommen wir noch einmal auf das Parteienthema zurück: Heutzutage sind nicht nur Spitzenpolitiker Berufspolitiker, sondern auch Bundestags- und sogar Landtagsabgeordnete. Ist das eigentlich ein begrüßenswerter Trend zur Professionalisierung oder ein beklagenswerter Verlust von Unabhängigkeit?

Diese Frage kann man nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Eine Professionalisierung in der Politik ist aufgrund der Tatsache, daß Politiker immer komplexere Sachverhalte beurteilen müssen und immer mehr Zeit aufwenden müssen, um einigermaßen durch die Vorlagen zu kommen und den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, notwendig. Daß dies mit Verlusten einhergeht, ist klar. Ob das allerdings ein Verlust von Unabhängigkeit ist, darüber bin ich mir nicht sicher. Auf jeden Fall ist diese Vollprofessionalisierung deshalb ein Verlust, weil sie die Gefahr in sich birgt, daß die zeitliche Überbeanspruchung im politischen Meinungsbildungsprozeß zu wenig Möglichkeiten läßt, mit den Wählern in Tuchfühlung zu bleiben.

Lassen Arbeit und Leben von Spitzenpolitikern überhaupt Einblick in das normale alltägliche Leben? Direkt gefragt: Fahren Sie gelegentlich mit Bus oder Straßenbahn, telefonieren Sie von der Telefonzelle aus, gehen Sie in die Eckkneipe, zum Fußball, kaufen Sie im Supermarkt ein, besuchen Sie Elternabende in Kindergarten oder Schule, fahren Sie das Auto durch die Waschanlage? Und wenn nein, warum nicht?

Ich fahre oft selbst mit dem Auto; ich gehe zu Elternabenden, allerdings selten; ich kaufe häufiger ein und besuche regelmäßig eine Kneipe. In den 10 Jahren meiner Tätigkeit als Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken hatte ich regen Kontakt zu den Bürgern. Anders wären die Wahlergebnisse nicht denkbar gewesen. In meinen Augen kann man keine gute Politik machen, wenn man sich total von den Wählern abkoppelt, sich zurückzieht oder sich im politischen Prozeß aufreißt.

Hat die Barschel-Pfeiffer-Affäre auch damit zu tun, daß die politischen Akzente sich vom Bezug zu den Menschen, die sie gewählt haben, gelöst haben, daß sie sozusagen die Bodenhaftung verloren haben?

Die Ereignisse in Kiel kann man nicht verallgemeinern. Sie sind eng an die tragische Persönlichkeit Uwe Barscheis gebunden. Aber es ging auch um die Frage, wie man mit einem Mitmenschen umgeht, der andere Interessen vertritt. Und das führt mich wieder zum Begriff „Solidarität“. Auch der politische Gegner ist ein Mensch, der Anspruch auf Solidarität hat. Das hat mit dem Verwischen von Interessengegensätzen nichts zu tun, sondern ist eine Frage der Mitmenschlichkeit.

Kiel ist für Sie keine Metapher für einen sich abzeichnenden Trend in der Politik?

Die Kieler Ereignisse stehen für mich als Symptom einer Gesellschaft, die vorgibt, dem Grundwert der Solidarität verpflichtet zu sein, es an der entsprechenden Praxis allerdings mangeln läßt.